

Martin Kronauer

EXKLUSION

Die Gefährdung
des Sozialen
im hoch entwickelten
Kapitalismus

2., aktualisierte und
erweiterte Auflage

campus

Exklusion

Martin Kronauer ist Professor für Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin.

© Campus Verlag GmbH

Martin Kronauer

Exklusion

Die Gefährdung des Sozialen
im hoch entwickelten Kapitalismus

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-39176-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Vorwort zur zweiten Auflage.	7
Vorwort	9
Einleitung: Das Ausgrenzungsproblem und seine Ambivalenz	11
I. Exklusion, Unterklasse: Begriffe des gesellschaftlichen Umbruchs	29
1. Unterschiedliche Annäherungen: Das Allgemeine und das Besondere in der Ausgrenzungsdebatte	29
2. Das Ausgrenzungsproblem und das »soziale Bewusstsein«	35
3. Der Exklusionsbegriff – Ursprung und Entwicklung in Frankreich.	40
4. Der Underclass-Begriff – Ursprung und Entwicklung in den USA.	53
5. Exklusion und Underclass – die gemeinsame »Schnittmenge«	71
II. Eine neue Qualität der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und Armut.	73
1. Wandel der Bedeutung und sozialen Formen von Ausgrenzung	74
2. Wandel der sozialen Bedingungen von Ausgrenzung	93
3. Das Ausgrenzungsproblem am Übergang ins 21. Jahrhundert.	111

III. Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft	119
1. Probleme mit dem dichotomischen Exklusionsbegriff	119
2. Aporien des Exklusionsbegriffs in der Systemtheorie	122
3. Vereinseitigungen des Exklusionsbegriffs in der Ausgrenzungsforschung	133
4. Die Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen	141
IV. Ausgrenzungserfahrungen und gesellschaftliche Zugehörigkeit	145
1. Interdependenz und Partizipation: Modi der gesellschaftlichen Zugehörigkeit und ihre Dimensionen	145
2. Ausschluss aus Interdependenzbeziehungen	150
3. Ausschluss von Teilhabemöglichkeiten	167
4. Das Draußen vom Drinnen	194
5. Streitpunkte der Exklusionsdebatte – erneut betrachtet	198
Exkurs: Ausgrenzung im Quartier, ausgrenzendes Quartier?	205
Ausblick: Das Ausgrenzungsproblem und die Zukunft der Demokratie	215
Nachwort zur zweiten Auflage: Die Bedeutung des Exklusionsbegriffs für die Gesellschaftsanalyse der Gegenwart – Eine Wiederaufnahme der Debatte (2010)	225
1. Verzögerung und neue Brisanz der Exklusionsdebatte in Deutschland	226
2. Theoretische Besonderheiten und strittige Punkte der deutschen sozialwissenschaftlichen Diskussion	229
3. Differenzierungen und Differenzen: »Exklusion« als soziale Ausschließung und in der Systemtheorie	233
4. Merkmale des Exklusionsbegriffs, erneut betrachtet	243
5. Exklusion, Prekarität, Unsicherheit	254
6. Herausforderungen für eine Politik des Sozialen	260
Literatur	264

Vorwort zur zweiten Auflage

In den acht Jahren seit Erscheinen der ersten Auflage dieses Buchs hat sich der gesellschaftliche Kontext der Exklusionsdebatte in Deutschland verändert. Die Umbrüche in den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, die Rücknahme sozialstaatlicher Absicherungen und der schwindende Rückhalt in sozialen Nahbeziehungen, die dem Exklusionsproblem zugrunde liegen, wirken mittlerweile verunsichernd bis weit in die Mittelklassen hinein. Damit gewinnen die in der Studie aufgeworfenen Fragen nach der Zukunft der Demokratie und ihres sozial-materiellen Unterbaus noch zusätzliche Brisanz. Auch die Sozialwissenschaften in Deutschland haben inzwischen, nach einer Verzögerung gegenüber anderen europäischen Ländern, das Thema »Exklusion« für sich entdeckt. Die Neuauflage eröffnet nun die Möglichkeit, zu beidem Stellung zu nehmen. Auf die neueren theoretischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gehe ich in einem gesonderten Nachwort ein. Bei der Überarbeitung des Ursprungstexts habe ich es bei der Korrektur von Rechtschreibfehlern und gelegentlichen Literaturergänzungen belassen. Mein Dank gilt der Programmleiterin Wissenschaft des Campus-Verlags, Dr. Judith Wilke-Primavesi, die die Neuauflage angeregt und mit Rat und Tat unterstützt hat.

Berlin, im Februar 2010

Vorwort

Das vorliegende Buch soll eine Schneise schlagen in das mittlerweile weitverzweigte und einigermaßen unübersichtliche Dickicht der internationalen, sozialwissenschaftlichen Diskussion, die seit den 80er Jahren über soziale Exklusion und die Herausbildung einer neuen städtischen Unterklasse geführt wird. Es behandelt diese Diskussion gleichermaßen historisch wie theoretisch: als Anzeichen tiefgreifender Veränderungen, die die hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Europas und die USA gegenwärtig durchmachen, und zugleich als Anstrengung, die Veränderungen zu begreifen. Ziel dieser Arbeit ist es nicht, eine allgemeine Soziologie der Exklusion oder sozialen Schließung vorzulegen. Stattdessen lautete die selbst gestellte Aufgabe, den Ausgrenzungsbegriff aus jener Debatte heraus zu entwickeln und in kritischer Auseinandersetzung mit ihr zu schärfen, um ihn für weitere Analysen der Gegenwartsgesellschaften nutzen zu können.

Dem Text liegt meine Habilitationsschrift zugrunde, die im Frühjahr 2001 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen angenommen wurde. Für die Veröffentlichung habe ich sie an einigen Stellen geringfügig überarbeitet. Dass mir die Zeit eingeräumt wurde, die Arbeit zu schreiben, verdanke ich zwei Institutionen: dem Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI), das die Entwicklung eines Forschungsschwerpunkts Integration und Ausschluss gefördert und mir immer wieder Möglichkeiten eröffnet hat, an dem Thema zu arbeiten, sowie dem Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst, dessen Gastfreundschaft ich 1997/1998 als Fellow für zehn Monate genießen konnte. Dabei kam mir die enge Kooperation des Wissenschaftskollegs mit den Universitäten Oldenburg und Bremen sehr zugute.

Ohne »Inklusion« in einen unterstützenden Freundes- und Kollegenkreis hätte ich über »Exklusion« nicht schreiben können. Walter Siebel und die Arbeitsgruppe Stadtforschung des Instituts für Soziologie der Universität Oldenburg halfen mir während meines Aufenthalts am Hanse-Wissen-

schaftskolleg und danach immer wieder mit intensiven und ermutigenden Diskussionen weiter. Die Zusammenarbeit mit Lydia Morris im Kolleg schärfte den Blick für die englische Debatte und die ausgrenzenden Kehrseiten von *citizenship* im Fall von Migranten. Während der Fortführung der Arbeit in Göttingen hat Ilse Schütte mit großer Geduld und genauem Blick alle Teile des Manuskripts gelesen und Auswege gezeigt, wo ich mich zu verrennen drohte. Hassan Givsan und Wolfgang Sofsky standen in entscheidenden Phasen mit freundschaftlichem Rat zur Seite. Martin Baethge, Klaus Barck, Ilona Ostner, Michael Schumann, Berthold Vogel und Harald Wolf gaben wichtige Anregungen und kritische Hinweise. Barbara Dehne vom SOFI erstellte mit großer Professionalität die Druckvorlage. Ihnen allen sei sehr herzlich gedankt.

Einleitung: Das Ausgrenzungsproblem und seine Ambivalenz

Die soziale Frage in Europa hat einen neuen Namen: Exklusion. Die Europäische Gemeinschaft fasste 1989 den Beschluss, ihre Aktionen gegen Armut und Arbeitslosigkeit unter das Motto des Kampfs gegen »social exclusion« zu stellen (vgl. Commission of the European Communities 1993, S. 5).¹ In einer Umfrage Mitte der 90er Jahre stimmten zwei Drittel der Franzosen folgender Meinungsäußerung zu: »Man sagt heute, dass die Unterschiede zwischen denen, die eine Beschäftigung haben, und denen, die von der Arbeit ausgeschlossen (exclus) sind, wichtiger sind als die Unterschiede zwischen den Armen und den Reichen« (La Chaise 1996, S. 280). 1998 verabschiedete die französische Regierung ein »Loi de prevention et de lutte contre les exclusions«². Ein Jahr zuvor hatte die englische Labour Regierung eine die einzelnen Ministerien übergreifende »social exclusion unit« geschaffen (vgl. Silver 1998, S. 13). Überall in Europa gehen Sozialwissenschaftler, finanziert aus Förderprogrammen der Europäischen Gemeinschaft, der Frage nach, was Exklusion bedeutet, wie sie sich manifestiert, und was gegen sie zu tun ist.

Was ist Exklusion? Armut und doch nicht nur Armut; mehr als Armut und doch auch etwas anderes. Ein Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft tastet sich an eine Antwort heran: »Poverty« was no longer the right word. The phenomenon was not simply related to material wealth, or lack of it, but involved a complicated interaction between – wealth, certainly – but also access to social rights, attachment to the labour market, the strength of informal networks«. Und etwas später ist die Rede von »people ... being ›out‹ of society, left out in the cold« und »a situation involving several dimensions of deprivation; a kind of poverty built into the structures of

1 Einen knappen Überblick über die Geschichte der Armutsprogramme der Europäischen Gemeinschaft und die Einführung des Exklusionsbegriffs in diesem Zusammenhang gibt Room 1998, S. 46 ff.

2 Vgl. Silver 1998, S. 10. Dort werden die einzelnen Bestandteile des Gesetzes aufgeführt. Man beachte den Plural »les exclusions« im Titel des Gesetzes.

society, and not simply relevant to a residual minority of the population« (Commission of the European Community 1993, S. 7).

Wer ist von Exklusion betroffen? Der Bericht der Kommission betont die Abhängigkeit von nationalen Kontexten und die Vielfalt der Ausgangspunkte von Exklusion, somit auch die Vielfalt der Gruppen. Zwei hebt er jedoch besonders hervor, weil sie überall in Europa anzureffen sind: die Langzeitarbeitslosen und die Obdachlosen.

Was bedeutet es, von Exklusion betroffen zu sein? Exklusion verbindet sich für den Beobachter mit Bildern und Berichten: mit Fernsehbildern von Jugendlichen aus den französischen Vororten, die sich Straßenschlachten mit der Polizei liefern, nachdem ein Jugendlicher erschossen oder misshandelt worden war; aber auch mit Fernsehbildern von Menschen, die sich dagegen wehren, dass ihr Viertel immer wieder im Fernsehen zur Schau gestellt wird; mit Berichten über Jugendliche, die keine Chancen haben, aber sie dennoch nutzen sollen; über Langzeitarbeitslose, deren soziale Kontakte zunehmend wegbrechen, aber auch über Angestellte des Arbeitsamts, die sich das Leben nehmen, weil sie mit ihrer Arbeit nicht mehr fertig werden.³ Manchmal verbindet sich Exklusion mit Selbstironie: »Endlich: Die A-Klasse auf der Straße.«⁴

Was also ist Exklusion? Ein Begriff, in dem sich das Bewusstsein einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung bündelt. Sie ist eng mit der Wiederkehr von Arbeitslosigkeit und Armut als sozialen Problemen, nach fast zwei Jahrzehnten relativer Vollbeschäftigung und abnehmender Armut, verknüpft. Im Begriff der Exklusion (der am ehesten als soziale Ausgrenzung zu übersetzen wäre) finden sich – vor allem in Frankreich – die Ängste beträchtlicher Teile der Bevölkerung wieder, die sich in ihrer eigenen sozialen Position gefährdet sehen. Der Exklusionsbegriff eignet sich offenbar aber auch zur Benennung und Sortierung der wachsenden Probleme, mit denen die sozialstaatlichen Bürokratien konfrontiert und durch die sie zunehmend überfordert sind. Vor allem aber gibt er der Politik eine bestimmte Richtung: die der »Eingliederung« oder »Insertion« von »Problemgruppen«.

Die rasche Verbreitung des Exklusionsbegriffs seit dem Ende der 80er Jahre zunächst in Frankreich, dann in den Ländern der europäischen Gemeinschaft – selbst in Deutschland finden er und sein Äquivalent, soziale Ausgrenzung, mittlerweile zunehmend Wiederhall –, seine Resonanz in der Politik, den Sozialwissenschaften, den Medien und der Öffentlichkeit bedür-

3 Vgl. den Artikel »Selbstmord im Arbeitsamt« in: Die Woche vom 9. Januar 1998

4 Parole der Arbeitslosenbewegung in Deutschland während der Aktionen von 1998.

fen einer Erklärung. Sie muss sich aus dem Bedeutungshof ergeben, der den Begriff umgibt. Es sind vor allem zwei Aussagen, die in ihm enthalten sind: dass anhaltende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut eine neue gesellschaftliche Spaltung hervorbringen, und dass sich diese Spaltung im Ausschluss von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft niederschlägt. Woher aber rührt die Anziehungskraft dieser Aussagen?

Zwei Gründe halte ich für ausschlaggebend. Sie bilden zugleich den Ausgangspunkt und den »roten Faden« der Auseinandersetzung mit dem Ausgrenzungsproblem in der vorliegenden Untersuchung. Zum einen haben sich in der Tat in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der historische Kontext von Arbeitslosigkeit und Armut, damit aber auch deren soziale Realität und die Erfahrungen mit ihnen in wichtigen Aspekten verändert. Arbeitslosigkeit und Armut treten heute vor dem Hintergrund einer historisch bislang einmaligen Phase der institutionellen Einbindung der arbeitenden Bevölkerung in diese Gesellschaften und des materiellen Wohlstands auf. Damit verschiebt sich die traditionelle »soziale Frage« und stellt sich auf neue und zugespitzte Weise als Problem der Teilhabe an (bzw. des Ausschlusses von) den gesellschaftlich realisierten Möglichkeiten des Lebensstandards, der politischen Einflussnahme und der sozialen Anerkennung, kurz: als Problem der Exklusion.

Zum anderen aber steckt im Gedanken der Ausgrenzung eine grundlegende Ambivalenz. Sie macht sich an der Vorstellung einer in ein »Innen« und ein »Außen« gespaltenen Gesellschaft fest und eröffnet Raum für gegensätzliche Assoziationen im alltäglichen Sprachgebrauch, unterschiedliche wissenschaftliche Ausdeutungen, vor allem aber auch einander widerstrebende politische Interpretationen und Folgerungen. Der Ausgrenzungsgedanke kann kritisch gegen gesellschaftliche Verhältnisse gewendet werden, die ausgrenzend wirken. Er kann aber auch personalisierend die Ausgrenzten ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, ihre Andersartigkeit hervorheben und damit seinerseits zu ihrer weiteren Ausschließung beitragen. Es ist diese Verbindung von historischer Veränderung, auf die er Bezug nimmt, und Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der Deutungsmöglichkeiten, die er anbietet, die die Attraktivität des Exklusionsbegriffs, aber auch seine Strittigkeit ausmachen.

Die Mehrdeutigkeit, die sich an einem Bild des »Innen« und »Außen« der Gesellschaft festmacht, teilt der Exklusionsbegriff mit einem anderen Begriff, der in der internationalen Diskussion über Armut und Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle spielt, dem der »Underclass«. Er bildet gewissermaßen das

angelsächsische Pendant zum kontinentaleuropäischen Fokus auf Exklusion. Seit Mitte der 80er Jahre steht er im Mittelpunkt der amerikanischen Armutsdebatte, von dort wurde er nach Europa, vor allem England, übertragen. Wie der Exklusionsbegriff geht auch der Underclass-Begriff davon aus, dass anhaltende Arbeitslosigkeit und Armut einen Teil der Bevölkerung von der Mehrheitsgesellschaft isolieren und damit abspalten. Im Unterschied zu den »Ausgeschlossenen« in der europäischen Diskussion ist dieser Bevölkerungsteil in der amerikanischen Vorstellung von Underclass jedoch sehr viel deutlicher sozial definiert und lokalisiert. Es handelt sich in aller Regel um die schwarze und puertoricanische Bevölkerung der Armutsviertel in den Großstädten. Die eindeutigere Zuordnung des »Draußen« bringt die Ambivalenz der Innen-Außen-Unterscheidung nur noch schärfer zum tragen. Sie wird zum Ausgangspunkt heftiger wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen.

In den Begriffen Exklusion und Underclass bündelt sich die internationale Diskussion über das Ausgrenzungsproblem. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung. Beide Begriffe verweisen auf tiefgreifende Veränderungen, die die hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften im Übergang ins 21. Jahrhundert durchmachen. Diese Veränderungen zwingen dazu, die Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut in einem neuen Licht zu sehen. Sie werfen zugleich die Frage nach der Zukunft der Demokratie, ihrem universalen Geltungsanspruch und ihren sozialen Grundlagen auf. Gerade deshalb verbindet die Begriffe Exklusion und Underclass aber auch das andere Merkmal: dass ihre Diagnose einer neuen gesellschaftlichen Spaltung scharfe Kontroversen und polarisierende Interpretationen provoziert. Beides sei im Folgenden näher erläutert.

Von der Armut zur Ausgrenzung

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte schienen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften Europas nach dem Zweiten Weltkrieg in der Lage zu sein, Arbeitslosigkeit und Armut, die beiden mit dem Kapitalismus von jeher verbundenen sozialen Grundübel, wenn nicht völlig zu beseitigen, so doch auf das Niveau individueller Einzelschicksale, die zudem durch staatliche Unterstützungsleistungen abgemildert werden konnten, herabzudrücken. Vor allem reduzierte der Gleichklang von binnenmarktgetragenen wirtschaft-

lichen Wachstum, Beschäftigungswachstum und sozialstaatlicher Absicherung von Risiken die Arbeitslosigkeit bis zu dem unproblematischen Ausmaß, in dem sie als Fluktuationsarbeitslosigkeit durchgehen konnte. In diesem historischen Kontext zog sich auch die Armut zunehmend aus der Produktionssphäre zurück. Sie war nun nicht mehr, wie noch vor dem Krieg, in erster Linie mit der Arbeiterexistenz verknüpft, sondern betraf vor allem Bevölkerungsgruppen, die der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung und der Ausbau der Sozialstaaten noch nicht erfasst oder gewissermaßen »links liegen« gelassen hatte: Teile der Landbevölkerung, aber auch Rentnerinnen und Rentner sowie kinderreiche Familien, die nur unzureichend sozialstaatlich abgesichert waren. Der Fortschrittsoptimismus in der Armutsfrage hatte somit gute Gründe. Entweder sie erledigte sich von selbst, wie im Zuge der »Modernisierung« der Landwirtschaft und der mehr oder weniger freiwilligen Migration der Landbevölkerung in die aufnahmebereiten Industriezentren, oder sie ließ sich durch eine Vervollständigung und engere Knüpfung des »sozialen Netzes« politisch lösen.

Der wohlfahrtsstaatlich moderierte Kapitalismus hatte keineswegs die Klassenungleichheit überwunden. Er hatte sie aber, vor allem durch den Ausbau eines großen öffentlichen Sektors, weiter differenziert und überdies zu einer bis dahin nicht gekannten Anhebung des allgemeinen Konsumniveaus geführt. Auch die in den Produktionsverhältnissen wurzelnden Interessengegensätze waren nicht außer Kraft gesetzt worden, aber sie wurden nun – in den verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise – in staatlich geschützten, institutionalisierten Formen ausgetragen. In der Regel fiel dabei den Interessenorganisationen der Arbeiterschaft unter den Bedingungen relativer Vollbeschäftigung eine beträchtliche Verhandlungsmacht zu. Selbst für die USA, die sich sehr viel später, unvollständiger und qualitativ anders auf eine sozialstaatliche Modifizierung des Kapitalismus eingelassen haben, lässt sich die Nachkriegszeit bis in die frühen 70er Jahre hinein auf vergleichbare Weise charakterisieren: durch eine relative Stärke der Gewerkschaften unmittelbar nach dem Krieg, eine Reduzierung der Einkommensungleichheit und der Armut (vgl. Danziger und Gottschalk 1995, S. 42 und S. 88 f.), eine staatliche Förderung des Massenkonsums (vor allem in Gestalt des suburbanen Hausbesitzes) und den Ausbau einzelner Aspekte der sozialen Sicherung, insbesondere der Altersversorgung.

Die ersten Anzeichen des Umschwungs in den 70er Jahren konnten noch als Folgen des Konflikts mit den erdölproduzierenden Ländern und einer

anhaltenden Wachstumsschwäche gedeutet werden (vgl. Dahrendorf 1988, S. 118 ff.). In den 80er Jahren jedoch zeigte sich ein sehr viel beunruhigenderes Phänomen: in Westeuropa die Entkoppelung steigender Arbeitslosigkeit, in den USA die Entkoppelung steigender Armut vom wirtschaftlichen Wachstum (vgl. Dahrendorf 1988, S. 141 ff.; Danziger und Gottschalk 1995, S. 59 f). Selbst konjunkturelle Aufschwünge ließen sie nicht mehr auf das Niveau vor der vorausgegangenen Rezession absinken. Über die 80er und 90er Jahre hinweg baute sich auf diese Weise ein immer gewichtigerer Sockel von Arbeitslosigkeit bzw. Armut auf. Er variierte in seiner individuellen Zusammensetzung stark, aber umschloss zugleich eine wachsende Zahl von Langzeitbetroffenen.

Die ersten Versuche, der Wiederkehr von Arbeitslosigkeit und Armut als gesellschaftlichen Problemen auf die Spur zu kommen, bündelten sich in verschiedenen europäischen Ländern während der 80er Jahre im Begriff der »neuen Armut«⁵. Das Attribut »neu« hatte dabei eine doppelte Bedeutung. Es verwies zum einen auf die Diskrepanz zu den Jahrzehnten des Rückgangs der Armut, zum anderen auf die neuerliche Verbindung der Armut mit der Arbeitslosigkeit und zunehmend prekären Erwerbsbiographien. »Neu« bedeutete in diesem Zusammenhang auch, dass die Armut nicht mehr ein soziales Randphänomen darstellte, sondern auf dem Weg der Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigung in bislang weitgehend geschützte Segmente der Erwerbsbevölkerung hineinreichte. In einem gewissen Sinn steckt im Begriff der »neuen Armut« somit ein Paradox. Denn die Verbindung von Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsunsicherheit und Armut war immer schon ein charakteristisches Merkmal der »alten« Armut gewesen, die aus der sozialen Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus erwuchs. Dennoch hat das Attribut »neu« seine Berechtigung, und das in verschiedener Hinsicht.

Arbeitslosigkeit und Armut waren bis zum Zweiten Weltkrieg Bestandteile des sich entfaltenden Industriekapitalismus gewesen. Sie gehörten zur ständigen Bedrohung gerade der an- und ungelerten Industriearbeiterschaft, die gleichwohl das unverzichtbare soziale Fundament der industriellen Produktionsform bildete. Sowohl diese Erfahrung als auch die Antwort der organisierten Arbeiterbewegung darauf waren kollektiv. Sie mündeten in das Ziel der Umgestaltung der Gesellschaft, sei es in einer sozialistischen Perspektive, sei es in einer reformerischen durch die Regierungsbeteiligung

⁵ Zur Verwendung dieses Begriffs in Deutschland vgl. Balsen u.a. 1984; Lompe 1987. Zum Begriff »nouvelle pauvreté« in Frankreich vgl. Paugam 1996, S. 12 f. und Paugam 1998b, S. 117. Zur Verwendung des Begriffs »new poverty« in England vgl. Silver 1994, S. 13.

von Arbeiterparteien und die Durchsetzung sozialer Schutzrechte. Aber auch die von konservativen Kreisen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eingeleitete oder unterstützte Sozialpolitik war von dem Doppelcharakter der »sozialen Frage« als Armuts- und Arbeiterfrage geprägt. Die von Arbeitslosigkeit und Armut heimgesuchte Arbeiterschaft repräsentierte eben nicht nur Not, sondern auch potentielle Macht.

Die Arbeitslosigkeit und Armut seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert dagegen sind mit dem Niedergang der industriellen Beschäftigung und der zunehmenden Bedeutung der Dienstleistungsarbeit verknüpft. Mit beiden einher geht eine massive Entwertung der ungelerten Erwerbsarbeit. Eine neue Kategorie der »Überflüssigen« des Arbeitsmarkts tritt seit Mitte der 80er Jahre in Erscheinung, die sich in erster Linie aus den Un- und Angelehrten rekrutiert. Sie hatte ihre Vorläufer bereits im 19. Jahrhundert, und die organisierte Arbeiterschaft tat seinerzeit häufig das Ihre, die »Überzähligen« als »Lumpenproletariat« sozial zu diskriminieren. Dennoch bestand die nicht unbegründete Aussicht, dass die Arbeiterbewegung in ihrem eigenen Kampf um Emanzipation auch die Sache der Arbeitslosen und Armen mit ausfechten werde. Für die »Überflüssigen« von heute ist dagegen ein solcher sozialer »Transmissionsriemen« nicht in Sicht. Mit der Auflösung der Arbeitermilieus in den Städten, die den Wandel zur »Dienstleistungsgesellschaft«, die Deindustrialisierung und die interne Differenzierung der Arbeiterschaft durch Auf- und Abstiegsmobilität begleitet, geht auch die Möglichkeit zunehmend verloren, die eigene Arbeitslosigkeit als Klassenschicksal zu deuten.

Zugleich hat jedoch die Phase der relativen Vollbeschäftigung, des Massenkonsums und der Ausweitung sozialstaatlicher Versorgung und Absicherung neue historische Maßstäbe gesetzt. Sie betreffen sowohl den allgemein erreichbaren materiellen und sozialen Lebensstandard, als auch die Möglichkeiten (und die Verpflichtung) der Gesellschaft, ihre Mitglieder vor ökonomischen Risiken zu schützen. An diesen sozialen Maßstäben – und nicht einem absoluten Maßstab materieller Not – bemessen sich die Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und Armut heute. Der »kurze Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) hatte allerdings seine Kehrseite: die Auflösung der Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen, die Durchsetzung von Markt und Staat als einzige Garanten der Vergesellschaftung und damit die vollständige Abhängigkeit der Haushalte von marktförmigen und staatlichen Leistungen für ihren Lebensunterhalt und die Sicherung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Versagt der Markt in seiner vergesellschaftenden Funktion,

muss der Staat regulierend eingreifen. Er selbst gerät aber dann seinerseits von wirtschaftlicher Seite her unter Druck. Die Durchsetzung der kapitalistisch-wohlfahrtsstaatlichen Vergesellschaftung nach dem Krieg erzeugte somit ihrerseits neue soziale Risiken.

Über das Ausmaß und die Art des sozialstaatlichen Ausgleichs sind seit den 80er Jahren überall in Europa heftige Auseinandersetzungen entbrannt. Ökonomisch starke Interessengruppen im Unternehmerlager drängen im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf eine Rücknahme sozialer Schutzrechte und den Rückzug des Staates aus der Beschäftigungspolitik. Ideologische Schützenhilfe erhalten sie von den Verfechtern eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neoliberalismus. Regierungen verschiedener politischer Couleur geben – in unterschiedlichem Maße und in national spezifischen Varianten – diesem Drängen nach. In den meisten hoch entwickelten Gesellschaften des Westens hat auch die Einkommensungleichheit seit den 70er Jahren deutlich zugenommen.

Im Lichte dieser historischen Veränderungen stellt sich das Problem von Arbeitslosigkeit und Armut auf neue Weise. Weder lässt es sich als soziales Randphänomen behandeln wie noch in den 70er Jahren, noch steht zu erwarten, dass es sich gleichsam als Nebeneffekt eines Projekts der Emanzipation der Arbeiter lösen könnte, wenngleich es auch heute wieder in besonderem Maße die unteren Klassen sind, die von ihm heimgesucht werden. Statt dessen betrifft es unmittelbar die Gesellschaft als ganze. Auf die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Armut hatte sich nach dem Krieg wesentlich der Anspruch der Gesellschaften mit wohlfahrtsstaatlich reguliertem Kapitalismus gegründet, nicht nur repräsentative, sondern durch universelle soziale Rechte gestützte und materiell abgesicherte Demokratien zu sein. Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit und der Wiederanstieg der Armut stellen diesen Anspruch (und was in Richtung seiner Verwirklichung bereits erreicht worden ist) infrage. Sie stellen eine Gefährdung des Sozialen in zweifacher Hinsicht dar: Für die Individuen bedeuten sie – wenn der Zustand der Arbeitslosigkeit und Armut andauert – einen Verlust von Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben entsprechend den in ihr verallgemeinerten Standards der Nützlichkeit, des Konsums, der materiellen Sicherheit, der öffentlichen Einflussnahme und der sozialen Anerkennung teilzunehmen. Für die Gesellschaft wiederum zeigen sie den Verlust ihrer Fähigkeit an, die sozialen Grundlagen der Demokratie universell, d. h. zumindest für alle ihre Mitglieder, auch nur in dem bisher verwirklichten Maße sicherzustellen.

Es ist diese Verschiebung von der »alten« sozialen Frage zur »neuen« der gesellschaftlichen Teilhabe und der Gefährdung der sozialen Grundlagen der Demokratie, auf die der Exklusionsbegriff ebenso wie eine weit verbreitete Lesart des Underclass-Begriffs so entschieden hinweisen.⁶ Insofern knüpfen beide Begriffe an den der »neuen Armut« an, gehen zugleich aber über ihn hinaus, indem sie spezifizieren, worin das »Neue« besteht. Darin liegt ihr großes, aufklärerisches Verdienst.

Dabei erweitert vor allem der Exklusionsbegriff den Blick. Erstens zeichnet er sich gegenüber einem allein am Einkommen orientierten Armutsverständnis dadurch aus, dass er die Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut von vornherein sozial und damit relational, als abgestufte soziale Verhältnisse von Teilhabe bzw. Ausschluss bestimmt. Zweitens lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Mehrdimensionalität von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Teilhabe (ökonomisch, kulturell, politisch-institutionell, soziale Beziehungen). Drittens schließlich unterscheidet sich der Exklusionsbegriff vom herkömmlichen Armutsverständnis, aber in diesem Punkt auch vom Underclass-Begriff darin, dass er auf den Prozesscharakter von Ausgrenzung abhebt. Dies in einem doppelten Sinn: Exklusion verweist zum einen auf gesellschaftliche Instanzen (Strategien von Unternehmen, institutionelle Regelungen und Verfahrensweisen, soziales Verhalten), die Ausgrenzung bewirken. Dabei zwingt der Ausgrenzungsbegriff dazu, den Blick auf die Erosion sozialer Sicherheit und die wieder zunehmende Prekarität in der Erwerbsarbeit, somit auf die Abstufungen sozialer Gefährdung zu richten. Zum anderen lenkt er das Augenmerk auf die biographische Kumulation, das sukzessive Ineinandergreifen von Ausgrenzungsfolgen und -erfahrungen. Exklusion bezeichnet somit Zustand und Prozess, Wirkkraft und Wirkung zugleich.

⁶ Die Gefährdung der Demokratie durch Exklusion wird von Dubet und Lapeyronnie bereits im Untertitel der deutschen Übersetzung ihres Buchs über die französischen Vorstädte (»Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft«) hervorgehoben (Dubet und Lapeyronnie 1994). Dahrendorf diskutiert in seinem Essay »The Modern Social Conflict« Exklusion und Underclass im Kontext einer auf Bürgerrechten aufbauenden Demokratie und deren Gefährdung (vgl. Dahrendorf 1988, S. 45 ff., 141 ff.). Auf die Unterminierung des »universalistischen Kern(s)« der Demokratie durch die Entstehung einer »Underclass« hebt Habermas ab (Habermas 1996, S. 149).

Umstrittene Zukunft, zwiespältige Deutungen

Der Erkenntnisgewinn, den der Ausgrenzungsgedanke in seinen verschiedenen begrifflichen Varianten verspricht, ist allerdings – und damit komme ich zum zweiten der beiden eingangs angesprochenen Sachverhalte zurück – von der Ambivalenz bedroht, die diesem Gedanken anhaftet. Sie macht sich an der grundlegenden Unterscheidung von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und gesellschaftlichem Ausschluss fest. Auf der einen Seite reflektiert dies die historisch veränderte Qualität von anhaltender Arbeitslosigkeit und Armut in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart. Damit eröffnet der Ausgrenzungsgedanke einen neuen Zugang zum Verständnis von sozialer Ungleichheit. Auf der anderen Seite führt die Gegenüberstellung eines »Innen« und »Außen« der Gesellschaft aber auch leicht in die Irre. Sie leistet dann Interpretationen Vorschub, die »die Gesellschaft« und »die Ausgeschlossenen« einander entgegensetzen. Es gibt verschiedene Varianten, in denen diese Entgegensetzung vorgenommen wird, sie alle haben aber eines gemeinsam. Sie entziehen die »internen« gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse dem Blick und tragen somit zu einer Mystifizierung sowohl »der Gesellschaft« als auch »der Armen« bei. Die Gesellschaft stellt sich dann als in sich unproblematische Einheit dar. Die Armen dagegen werden zu »Außenseitern« und Problemgruppen.

Am offensichtlichsten tritt die doppelte Mystifizierung in der Vorstellung vom arbeitsfähigen, aber nicht arbeitenden Armen als dem schlechthin Anderen zutage, der gegen die moralischen Grundwerte der Gesellschaft verstößt. Das Motiv selbst ist Jahrhunderte alt und bis heute weit verbreitet. Vor allem der Underclass-Begriff kommt dieser Lesart der Innen-Außen-Unterscheidung offenbar entgegen. Sie wird von konservativer Seite in der angelsächsischen Diskussion dezidiert und einflussreich vertreten (vgl. Murray 1994). Dem Motiv vom Armen als dem un- oder gar antisozialen Anderen entspricht als Gegenstück die Apologie der Macht- und Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Allenfalls weil sie seinem lasterhaften Leben Vorschub leistet, nicht aber weil sie seine Armut erzeugt, ist die Gesellschaft für die Lage des Armen zur Rechenschaft zu ziehen. Der so verstandene Underclass-Begriff trägt nichts zum wissenschaftlichen Verständnis des Problems von Zugehörigkeit und Ausschluss in der Gegenwartsgesellschaft bei, einiges aber zur Existenz dieses Problems selbst. Denn er wiederholt lediglich das populäre (und in den Medien popularisierte) Stereotyp vom »unwürdigen Armen« und versieht es mit einer »wissenschaftlichen« Weihe.

Kurz: Die Feststellung vom Ausschluss der Armen enthält nicht nur ein normativ-kritisches Potential, indem sie die Gesellschaft an ihren eigenen Standards von Teilhabe und Demokratie misst, sondern auch ein Potential der Stigmatisierung.

Ambivalent bleibt die Vorstellung, dass anhaltende Arbeitslosigkeit und Armut die Gesellschaft in ein »Innen« und ein »Außen« spalten, jedoch auch ohne ihre moralisch-stigmatisierende »Ladung«, ja selbst dann, wenn sie vom Mitgefühl für die Außenstehenden getragen wird. Sobald sich das Augenmerk allein auf das »Außen« und die Extreme der Ausgrenzung richtet, verstellt dies den Blick auf die wachsenden Einkommens- und Machtunterschiede, die zunehmende Prekarität der Erwerbsarbeitsverhältnisse, die (noch) nicht zeitlich verfestigte Arbeitslosigkeit und Armut (in der Tat die Mehrheit der Arbeitslosigkeits- und Armutsfälle), die für die Entwicklung der Gesellschaften Westeuropas und der USA während der letzten zwei Jahrzehnte charakteristisch sind. Auch die Parteinahme für die »Ausgeschlossenen« schlägt um in eine Apologie des »Innen«, wenn die Eingliederung in die Gesellschaft zum Selbstzweck wird, ungeachtet der Arbeits- und Lebensbedingungen, unter denen sie zu haben ist. Denn damit geht die Erkenntnis verloren, dass Ausgrenzung im »Inneren« der Gesellschaft beginnt, in Abstufungen prekärer Lebenslagen auftritt, auf sozialer Ungleichheit beruht und durch sie in Gang gehalten wird.

Nicht zuletzt stecken in dem Gedanken einer gesellschaftlichen Spaltung, die entlang einer Trennungslinie von »Innen« und »Außen« verläuft, einige grundlegende theoretische Probleme. Lässt sich ein »Herausfallen« aus der Gesellschaft überhaupt denken? Die Affinität des Exklusionsbegriffs zur Systemtheorie liegt auf der Hand. Definiert diese doch die Funktionssysteme der Gesellschaft anhand ihrer Grenzen, und ohne Ausschließung kann es keine Grenzen geben. Gerade an der Systemtheorie Luhmannscher Provenienz lassen sich jedoch auch die Aporien aufzeigen, in die ein dichotomischer, das »Innen« und das »Außen« zum logischen Gegensatz erhebender Exklusionsbegriff hineinführt.

Je nach dem, wie im Verständnis der Begriffe Exklusion und Underclass das Verhältnis des gesellschaftlichen »Innen« zum »Außen« gefasst wird, legt dies somit weitreichende, unterschiedliche Folgerungen nahe. Dass sozialwissenschaftliche Begriffe in die öffentliche Debatte geraten und in ihren Deutungen umkämpft sind, ist nichts neues. Für die Begriffe Exklusion und Underclass gilt dies allerdings in besonderem Maße. Sie beziehen sich auf gesellschaftliche Umbrüche, deren Ausgang noch ungewiss ist. Zugleich sind

sie tief in die Auseinandersetzungen verwickelt, in denen um die Zukunft gestritten wird.

Zu Recht haben deshalb verschiedene Autoren darauf hingewiesen, dass die Vieldeutigkeit des Exklusionsbegriffs seiner wissenschaftlichen und politischen Verbreitung keineswegs hinderlich war, sondern sie im Gegenteil gefördert haben dürfte (vgl. Paugam 1998a, S. 41 f.; Atkinson 1998, S. 6). Der Grund für die Vieldeutigkeit liegt in der Ambivalenz der Vorstellung von Zugehörigkeit und Ausschluss. Wie aber ist mit dieser Ambivalenz umzugehen?

Prominente Teilnehmer an der Debatte, die ihrerseits zur Verbreitung der Begriffe Exklusion und Underclass beigetragen hatten, haben sich mittlerweile von ihnen wegen ihrer wissenschaftlichen Uneindeutigkeit und politischen Manipulierbarkeit distanziert. Am Grundgedanken des Ausgrenzungsproblems halten sie jedoch fest: dass die gegenwärtigen Umbrüche am Arbeitsmarkt und in der Erwerbsarbeit auf neue Weise und in zugespitzter Form Gefährdungen des Sozialen mit sich bringen. Mit neuen Begriffen versuchen sie, Fehldeutungen entgegenzuwirken: »désaffiliation« statt »exclusion« (Castel 1996), »advanced marginality« (Wacquant 1996b), »undercaste« (Gans 1993b)⁷, »ghetto poor« (Wilson 1996) statt »underclass«. Das Problem bei all diesen Versuchen besteht darin, dass sie sich der Ambivalenz letztlich doch nicht entziehen können.⁸ Denn es ist »die Sache selbst«, die Feststellung, dass anhaltende Arbeitslosigkeit und Armut Menschen von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten ausschließt, die polarisiert. Genauer: Es ist die in dieser Feststellung enthaltene Vorstellung eines durch Ausschluss erzeugten »Draußen« der Gesellschaft, an der sich die Kontroversen entzünden.

Nicht die Bildung neuer Begriffe hilft deshalb weiter, sondern nur die Klärung der gemeinten Sachverhalte. Auf welche Tatbestände beziehen sich die Begriffe Exklusion und Underclass, woran machen sich die Ambivalenzen fest? Was ist neu an den Formen der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und Armut heute, das es rechtfertigen würde, von einer neuen gesellschaftlichen Spaltung zu sprechen? Wie lässt sich der Gedanke von Zugehörigkeit und Ausschluss angemessen konzipieren, ohne der Fiktion aufzusitzen, ein

⁷ Vgl. auch dessen Kritik an der Gefährlichkeit des »Underclass«-Begriffs als Planungskonzept in Gans 1993a.

⁸ Alle diese Begriffe enthalten implizit noch immer den Hinweis auf eine positive Gegenvorstellung von gesellschaftlicher Einbindung. Selbst der scheinbar neutralste unter ihnen, *advanced marginality*, kommt nicht umhin, Marginalität nach Graden der gesellschaftlichen Teilhabe abzustufen.

Herausfallen aus der Gesellschaft sei möglich? Wie verhalten sich Klassen- und Schichtungsungleichheit zur Ungleichheit, die sich über Zugehörigkeit und Ausschließung herstellt? Wie verhält sich Ausgrenzung als abgestufter Prozess zu Ausgrenzung als Zustand und Resultat? Schließlich: Was tragen die Begriffe Exklusion und Underclass – vorausgesetzt, die oben genannten kritischen Punkte lassen sich klären – für eine Diagnose des Zustands der Gegenwartsgesellschaften und der Demokratie aus?

Dies sind die Fragen, mit der sich die vorliegende Untersuchung auseinandersetzt. Grundlage und Bezugspunkt bilden dabei die internationale Diskussion über Exklusion und Underclass, einschließlich vieler empirischer Befunde, die in dieser Diskussion verhandelt werden. Entscheidend für die Interpretation dieser Befunde und die Stellungnahme in der Auseinandersetzung aber ist die Antwort auf das theoretische und zugleich eminent politische Problem: Wie ist die These einer Innen-Außen Spaltung der Gesellschaft zu verstehen?

Die Position, die ich vertreten werde, wendet sich gegen die theoretische Sackgasse der Innen-Außen Dichotomie. Sie knüpft an eine Denkfigur an, die sich bei einem Pionier der soziologischen Betrachtung des Armutproblems, Georg Simmel, findet. Simmel war der erste, der die gesellschaftliche Position des Armen in einem theoretischen Bezugsrahmen des »Drinnen« und »Draußen« (Simmel 1983, S. 368) zu begreifen suchte. Soziologisch gesehen stellt sich das Verhältnis des »Drinnen« zum »Draußen« allerdings nicht als (logische) Alternative dar – man befindet sich entweder innerhalb oder außerhalb der Gesellschaft –, sondern als ein Verhältnis der Gleichzeitigkeit. Simmel erläutert es am besonderen sozialen Status des Armen als Fürsorgeempfänger. Als bloßes Objekt der gesellschaftlichen Fürsorge, ohne Recht in sich selbst, befindet sich der Arme der Gesellschaft gegenüber in der Position des Ausgeschlossenen. Indem sich die Gesellschaft ihm gegenüber jedoch auf diese besondere Weise verhält, bleibt er ein Teil von ihr. Simmels Analyse bindet den Ausgrenzungsgedanken an die Ungleichheit in der Gesellschaft zurück: Durch das Fürsorgeverhältnis schützt die Gesellschaft weniger den Armen als den gesellschaftlichen Status quo. Zugleich weist er jedoch nach, dass es sich bei der Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen um ein Ungleichheitsverhältnis besonderer Art handelt.

Simmels Überlegungen liefern wichtige Anhaltspunkte zum Verständnis des Ausgrenzungsproblems der Gegenwart. In gewisser Weise sind sie aktueller denn je, selbst verglichen mit dem historischen Kontext des frühen 20. Jahrhunderts, in dem sie ursprünglich formuliert worden sind. Der

Grund wurde bereits angesprochen. Er liegt in dem ungleich höheren Grad der sozialen Integration des »Dritten«, somit auch in dem erweiterten Umfang der Zugehörigkeit, wie sie durch den Ausbau der Wohlfahrtsstaaten und die Anhebung des Lebensstandards in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurden. Umso schärfer macht sich die Gefährdung des Sozialen bei den betroffenen Individuen als Spannungsverhältnis in der Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen bemerkbar: als Auseinanderdriften von sozialen (d. h. äußeren wie verinnerlichten) Anforderungen an die eigene Lebensführung und den tatsächlich gegebenen Möglichkeiten zu ihrer Realisierung; als Spannung zwischen bürokratischer Betreuung durch die sozialstaatlichen Einrichtungen und stigmatisierender Bevormundung und Abhängigkeit; als Erfahrung von Einschließung und Ausschließung zugleich.

Es ist deshalb notwendig, den soziologischen Grundgedanken der Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen sowohl zu erweitern als auch zu spezifizieren, um dem Ausgrenzungsproblem von heute gerecht zu werden. Dies soll in der vorliegenden Untersuchung geschehen. Sie verfolgt drei Ziele: in die sozialwissenschaftliche Diskussion über die Begriffe Exklusion und Underclass einzuführen; den Ausgrenzungsgedanken begrifflich zu schärfen und – dies vor allem – einen Zugang zur sozialen Realität des Ausgrenzungsproblems in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart zu vermitteln. Daraus ergibt sich der Argumentationsgang der einzelnen Kapitel.

Übersicht

Das *erste Kapitel* stellt die Ausgrenzungsdiskussion und ihre zentralen Begriffe Exklusion und Underclass vor. Das Augenmerk liegt dabei sowohl auf dem historischen Kontext, in dem die Begriffe entstanden sind und auf den sie sich beziehen, als auch auf ihrer Bedeutung. Nur durch den Kontextbezug lässt sich belegen, dass die Exklusions- und Underclass-Debatte tatsächlich, wie oben behauptet, ein Kind des gesellschaftlichen Umbruchs und der ihm vorausgegangen Integrationsphase ist und nicht nur, wie bisweilen vertreten wird, aus einer im Grunde unnötigen Erfindung neuer Begriffe für alte Probleme erwächst. Ich werde argumentieren, dass sowohl der Exklusions- als auch der Underclass-Begriff erst vor dem Hintergrund des »sozialen Be-

wusstseins« verständlich werden, das sich zusammen mit der Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten herausbildete. Bei der Darstellung der Begriffe gehe ich von ihren jeweiligen Ursprüngen in Frankreich bzw. den USA aus. Ich lege dar, wie sie Zugehörigkeit und Ausschluss konzipieren und welche Gründe in der Debatte angegeben werden, die es notwendig erscheinen lassen, die analytischen Kategorien der Klassen- und Schichtungleichheit durch die Kategorien von Zugehörigkeit und Ausschluss zu ergänzen. Als zentrale Kriterien gesellschaftlicher Zugehörigkeit erweisen sich dabei die der wechselseitigen Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, insbesondere in der Erwerbsarbeit, und den sozialen Nahbeziehungen (Interdependenz) sowie die der Teilhabe am gesellschaftlich erreichten Niveau des Lebensstandards und der Lebenschancen (Partizipation). Umgekehrt begründen Ausschluss aus Erwerbsarbeit, soziale Isolation und blockierte Teilhabemöglichkeiten Ausgrenzung. Bereits beim begrifflichen Einstieg zeigt sich, wo die wesentlichen Fragen liegen, die in der Ausgrenzungsdebatte theoretisch, empirisch und gesellschaftspolitisch umstritten sind: Wie verhält sich das »Innen« zum »Außen«, wie die gesellschaftliche Zugehörigkeit durch Interdependenz zu der durch Partizipation?

Im *zweiten Kapitel* verschiebt sich der Schwerpunkt von der Ausgrenzungsdiskussion zum Ausgrenzungsproblem. Ich gehe darin der Frage nach, was neu ist am Problem der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und Armut heute. Diese Frage ist in zweifacher Hinsicht von Interesse. Sie betrifft den Anspruch der Debatte, gesellschaftliche Veränderungen zu reflektieren, und sie betrifft die Kategorien der Debatte selbst. Die in dem Kapitel vertretene Antwort lautet, dass die Ausgrenzung von Armen und Arbeitslosen zwar den Kapitalismus von Anbeginn begleitet, dass sich aber sowohl die Kriterien und Formen der Ausgrenzung als auch die Prozesse, die in die Ausgrenzung führen, in erheblichem Maße geändert haben. Die Behauptung vom Wandel der Kriterien und Formen werde ich mit einem kurzen historischen Rückblick, der sich auf wichtige Wendepunkte in der Armutsfrage bezieht, begründen. Aus dem Rückblick folgt, dass die Ausgrenzung der »Überflüssigen« am Übergang ins 21. Jahrhundert in den Ländern mit sozialstaatlicher Verfassung nicht mehr, wie am Beginn der Neuzeit oder in der Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts, in erster Linie durch die Verweigerung von Rechten vollzogen wird, sondern durch eine Erosion der auf soziale Teilhabe gerichteten Substanz von Rechten. Wenn überhaupt, dann erscheint die Vorstellung einer Ausgrenzung *aus* der Gesellschaft noch am ehesten für jenen rechtlich-institutionellen Ausschluss ganzer gesellschaftlicher Katego-

rien angemessen. Heute dagegen muss Ausgrenzung mehr denn je als Ausgrenzung *in* der Gesellschaft begriffen werden. Interdependenz durch Vollbeschäftigung und Partizipation über soziale Rechte, die historisch zum ersten Mal und für kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine enge Allianz miteinander eingegangen waren, treten auf neue Weise auseinander.

Das Kapitel befasst sich darüber hinaus mit den grundlegenden Veränderungen, denen die drei zentralen gesellschaftlichen Instanzen unterworfen sind, die soziale Zugehörigkeit über Interdependenz und Partizipation in der Nachkriegszeit vermittelten – der (Arbeits-)Markt und die Erwerbsarbeit, die sozialen Beziehungen im persönlichen Nahbereich und der Wohlfahrtsstaat. Aus den Umbrüchen der Erwerbsarbeit, dem Wandel der sozialen Beziehungen und Lebensformen und den zunehmenden Schwierigkeiten wohlfahrtsstaatlicher Regulierung ergeben sich neue Schübe der gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Im *dritten Kapitel* gehe ich »in medias res« der theoretischen Kontroversen um den Ausgrenzungsgedanken. Bereits auf theoretischer Ebene erweisen sich die dichotomischen, das Innen und das Außen der Gesellschaft einander entgegensetzenden Deutungen als unhaltbar. Luhmanns systemtheoretischer Versuch, die Idee der »Allinklusion« in moderne Gesellschaften durch die Funktionssysteme mit dem Gedanken der Exklusion in Einklang zu bringen, führt zu keinem einleuchtenden Ergebnis. Aber auch die Bemühungen, die Fallstricke des Entweder-Oder durch die Relativierung des Bruchs zu vermeiden, wie sie vor allem in der französischen Exklusionsdiskussion unternommen werden, überzeugen nicht. Denn Ausgrenzung muss selbst als ein gesellschaftliches Verhältnis gedacht werden. Am Ende des Kapitels greife ich den Beitrag wieder auf, den Simmels Analyse der Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen hierfür leistet.

Im *vierten Kapitel* geht es um die empirische Annäherung an das besondere soziale Ungleichheitsverhältnis »Ausgrenzung« und seine vielbeschworene, aber selten präzisierte »Multidimensionalität«. Ausgangs- und Bezugspunkt bilden dabei wiederum die beiden zentralen Modi der gesellschaftlichen Zugehörigkeit, die bereits in der Begriffsbestimmung von Exklusion und Underclass zur Diskussion standen: Interdependenz und Partizipation. Was es heißt, aus der Wechselseitigkeit sozialer Beziehungen und von den Standards gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden, soll anhand empirischer Befunde der internationalen Forschung und für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche gezeigt werden. Da sich Exklusion durch das Ineinandergreifen von Benachteiligungen auszeichnet und durch sie vorange-

trieben wird, gehe ich den Verbindungen zwischen den einzelnen Dimensionen der Ausgrenzung und der Ausgrenzungserfahrung nach. Da sich überdies Ausgrenzung sowohl als Prozess in Abstufungen unterschiedlicher Grade von Prekarität vollzieht als auch als Zustand reproduziert, stelle ich sie jeweils unter beiden Gesichtspunkten dar. Dabei ist es mir ebenso wichtig, Fragen aufzuwerfen, wie bereits gewonnene Erkenntnisse wiederzugeben und zu interpretieren. Am Schluss komme ich auf die zentralen Kontroversen in der Ausgrenzungsdebatte zurück – in der Hoffnung, durch die in diesem Kapitel gewonnenen Einsichten deutlicher machen zu können, was Ausgrenzung *in* der Gesellschaft, als Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen, heute bedeutet.

Das Ausgrenzungsproblem stellt sich in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in erster Linie als ein städtisches Problem dar. Darauf komme ich im *Exkurs* zu sprechen. In den Städten manifestieren sich die Folgen der Umbrüche in der Erwerbsarbeit, der Erosion in den sozialen Nahbeziehungen und der Krise der wohlfahrtsstaatlichen Bearbeitung sozialer Probleme am schärfsten. Exklusion ist zwar nicht notwendigerweise an einen besonderen Ort gebunden. Sie kann jedoch durch räumliche Konstellationen verstärkt werden, die zur Verzahnung von Benachteiligungen in den verschiedenen Dimensionen beitragen. Umgekehrt können sich aus räumlicher Nähe aber auch Ressourcen ergeben, die es ermöglichen, einem Ausgrenzungsdruck, der von einzelnen Dimensionen ausgeht, zu widerstehen. Städtischen, insbesondere großstädtischen Räumen kommt somit eine besondere Bedeutung bei der Problemverdichtung, aber auch bei der Problembewältigung zu.

Das *Schlusskapitel* lenkt den Blick nach vorn: Was bedeutet die Wiederkehr der »Überflüssigen« und der arbeitenden Armen für die Zukunft der Demokratie in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften? Knapp und in allgemeiner Form stelle ich verschiedene Handlungsalternativen dar, die den gesellschaftlichen und politischen Akteuren offen stehen und die in der gegenwärtigen Diskussion auch tatsächlich verhandelt werden. Dabei erweist sich als zentrale Frage, ob Interdependenz und Partizipation, die gesellschaftliche Einbindung über Erwerbsarbeit und die gesellschaftliche Teilhabe durch soziale Rechte, gegeneinander ausgespielt oder zukünftig auf neuer Stufe miteinander in Einklang gebracht werden.

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. In die öffentliche Auseinandersetzung darüber sind die Begriffe Exklusion und Underclass aber längst involviert. Je nach dem, wie sie das Ausgrenzungsproblem jeweils definieren, das »Drinnen« und das »Draußen« verbinden oder trennen, geben sie unter-

schiedliche, wenn nicht gegensätzliche Richtungen vor, in denen die Antwort gesucht werden soll. Umso wichtiger wird die Aufgabe der begrifflichen und sachlichen Kritik. Denn es geht um einen hohen Einsatz – gleichgültig, ob den Beteiligten dies bewusst ist oder nicht.